

Brauereiarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in der Getränke-Industrie
Publikationsorgan des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Freitag.
Bezugspreis vierteljährlich 2,10 M., unter Kreuzband 2,70 M.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Berleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Lichtenberg-Berlin
Redaktion und Expedition: Berlin O. 27, Schillerstraße 6
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Insertionspreis:
die sechsgesetzte Kolonialzeile 40 Pf., für Mitglieder 30 Pf.
Schluss für Anzeigen: Montag Mittag 12 Uhr.

Die gegenwärtige Krise in der Brauindustrie macht es jedem Arbeiter in der Brauindustrie zur Pflicht, sich zum Schutze seiner Interessen dem Brauereiarbeiterverband anzuschließen!

Wie unsere Steuern aufgebracht und verkannt werden.

Hose wie Zadie?

Bevor wir in der Darstellung der Finanzverfassung und der Finanzverhältnisse des Deutschen Reiches fortfahren, um auf diese Weise festzustellen, wie bei uns zulande die Steuern aufgebracht und verkannt werden, müssen wir zu der Erläuterung einiger Grundbegriffe schreiten. Dadurch wird der Fortgang der Darstellung nur scheinbar unterbrochen, denn wir werden sehen, daß ein Verständnis der schwierigen Materie nur dann gewonnen werden kann, wenn vollständige Klarheit über die Grundbegriffe herrscht. Theorien und Tatsachen, an denen man sich jahrelang die Zähne ausgebißt hat, kann man spießend meistern, wenn man ihrer Bearbeitung ein richtiges Prinzip zugrunde gelegt hat.

Wir wollen uns zunächst nach einer landessüblichen Erklärung der Begriffe von „Steuern“, von „direkten“ und von „indirekten“ Steuern umsehen. Wir greifen zu diesem Zweck zu dem allgemein bekannten Conradischen Handwörterbuch der Staatswissenschaften, wo wir im fechtern Bande eine umfangreiche Abhandlung von Professor Scheiberg, einem anerkannten Gelehrten, über Steuern finden. Er bezeichnet Steuern als die zum Zweck der Befriedigung von Gesamtbedürfnissen, kraft öffentlicher Gewalt angeordneten Zahlungen an den Staat und die übrigen öffentlichen Körperchaften. Andere Gelehrte haben die Steuer ein wenig anders definiert, aber auf diese kleinen Unterschiede brauchen wir uns nicht einzulassen. Wir wollen uns nur die eben erwähnte Erklärung ein wenig näher anschauen. In ihr und in seiner ganzen Abhandlung spricht Scheiberg, wie übrigens alle fügerlichen Gelehrten, von dem Staat, der die Steuern auferlegt und die Steuern einzieht, als von einer Organisation, die dem Zwecke der Gesamtheit der Staatsbürger dienen soll und dient. Der Staat ist in der gesamten gelehren Literatur unseres Bürgeriums ein einheitliches Wesen, der Begriff aller Einzelpersönlichkeiten und zugleich allen Einzelpersönlichkeiten in der gleichen Weise überordnet. Das ist die Auseinandersetzung, die in der großen englischen Revolution zuerst zum Leben erwachte, dann in dem Kampfe um die Unabhängigkeit der amerikanischen Vereinigten Staaten weiter geführt wurde und in der französischen Revolution ihren letzten Schliff erhielt. Über diese Auseinandersetzung ist nicht wichtig. Der Staat ist gar kein einheitliches Wesen, das sozusagen in olympischer Unparteilichkeit über allen unter sich gleichen Staatsbürgern schwebt, der Staat ist vielmehr die Herrschaftsorganisation der herrschenden Klassen. Daher wechselt in der Geschichte die Form des Staates mit dem Aufstieg und dem Verfall bestimmter Klassen; daher finden wir auch heute noch nebeneinander in verschiedenen Ländern verschiedene Staatsformen als Ausdruck für die Tatsache, daß nicht in allen Teilen der Welt dieselben Klassen im Augenblick an der Macht sind. In Ungarn z. B. beherrscht der Großgrundbesitz die Staatsmaschine völlig unumstritten, in England dagegen ist nicht mehr der Großgrundbesitz, sondern das industrielle und handelsbetreibende Bürgertum zur Herrschaft emporgestiegen; in Deutschland hat das Bürgertum zwar teil an der Herrschaft, ist aber durch die Überreste des Feudalismus an der Entfaltung der ausschließlichen Herrschaft behindert worden.

Steuern sind, wie oben sehen, vom Staat auferlegte Zwangsbeiträge der Staatsangehörigen zu den „allgemeinen“ Kosten. Wenn wir aber erkannt haben, daß der Staat nichts anderes ist, als die Herrschaftsform der jeweilig in der Macht stehenden Klasse oder Klassen, so ergibt sich daraus zweierlei: die herrschende Klasse wird die Ausgaben des Staates immer so zu gestalten wissen, daß sie dabei den größten Vorteil erzielt; sie wird ferner die Einnahmen des Staates, in exakter Linie eben die Steuern, so festzusetzen versuchen, daß sie die Lizenzen vornehmlich den Beherrschten auferlegt und sich selbst davon frei zu halten suchen. Wenn man diese Tatsache einmal begriffen und in allen ihren Folgerungen genau durchdacht hat, dann kann man aus dem Studium der Steuersysteme sogar rückwärts eine Probe auf das Exempel machen: immer wird man finden, daß einzelne Schichten der Bevölkerung — die beherrschte Klasse — sehr stark belastet sind, während andere Schichten — die herrschende Klasse — sich möglichst zu befreien gewußt haben. Das Maß der Last, das den Beherrschten auferlegt wird, zeigt zu gleicher Zeit das Maß der Macht und Übermacht, das sich in den Händen der Herrschenden befindet.

Hat man erst einmal bis zu diesem Punkte die Steuerfrage durchdacht, dann wird man inne, daß die Frage nach den Einzelheiten eines Steuersystems nur eine Frage zweiten Ranges ist. Eine Frage, die mit der Entwicklung der Volkswirtschaft und ihrer politischen Konsequenzen sich beständig wandelt. In alten Zeiten, als man noch nicht die formale Rechtsgleichheit aller Staatsangehörigen kannte, die Menschen zweifellos noch ganz brutal in Herren und Sklaven teilte, nahmen die Herrschenden den Unterjochten einfach weg, was sie wollten. Mit machsender Entwicklung des menschlichen Wirtschaftslebens änderte sich auch das rechtliche Verhältnis der einzelnen Menschen zueinander, so zwar, daß es heute keine Herren und Sklaven im alten Sinne, so Worte nicht gibt; und dementsprechend haben sich auch die

Formen des Verfahrens geändert, mit dem die Mächtigen dem ohnmächtigen Teile ihres Einkommens wegnahmen und noch wegnahmen. Im geschichtlichen Verlaufe der Dinge sehen wir, daß auf die brutale Bewahrung der Unterjochten das System der Schatzung und dann die sogenannte direkte Besteuerung in Form von Kopfsteuern und vergleichbar folgte. Erst später trat dieser direkte Besteuerung das System der indirekten Besteuerung zur Seite. Indirekte Steuern nennen wir eine Steuer, die nicht selbst und unmittelbar von den zur Zahlung Verpflichteten an den Staat entrichtet wird, sondern von einer Mittelperson eingetrieben wird, der es dann überlassen bleibt, sie auf andere abzuwälzen. Ein Beispiel: Die Biersteuer entrichten wir nicht in der Weise, daß wir beim Genuss eines Glases Bier jeweils einige Pfennige an einen Steuererheber zahlen, sondern die Sache wird bekanntlich so gemacht, daß der Bierbrauer zunächst die Steuer auslegt, sie dann im Preis des Getriebenes von den Abnehmern und Konsumenten wieder eingesetzt. Dieses System der indirekten Steuern konnte erst auf einer gewissen Stufe der technischen Entwicklung und der volkswirtschaftlichen Organisation eingeführt werden. Solange noch die Menschen in der geschlossenen Hauswirtschaft alle ihre Bedürfnisse selbst befriedigten, solange noch keine Teilung der Arbeit und keine Konzentration der Betriebe vorhanden war, solange das Verkehrsleben noch zu wenig entwickelt war, um von einer Zentralstelle aus einen großen Personenkreis mit Bedarfssorten zu versorgen, solange gab es keine indirekten Steuern und konnte es keine geben. Die indirekte Steuer ist die Steuerform des entwickelten Kapitalismus.

Direkte Steuern oder indirekte Steuern — das ist insfern ganz egal, als beide in letzter Linie aus einer einzigen Quelle schöpfen; diese Quelle ist die menschliche Arbeit, die Vater aller Werke. In letzter Linie tragen also die Arbeit alle Steuern, oder was dasselbe ist, in letzter Linie tragen alle Arbeiter, die im Produktionsprozeß tätig sind, alle Steuern. Wie sich das im einzelnen gestaltet, das ist eine schwierige Frage; man nennt sie die Frage der Steuerüberwälzung, die wir hier noch nicht zu erörtern haben. Für unsere Zwecke genügt einzuweisen, die gewonnene Erkenntnis, daß direkte und indirekte Steuern zunächst sich darin völlig gleichen, daß sie von der Tendenz durchdrungen sind, die Kosten des Staates entsprechend den Machtverhältnissen der verschiedenen Klassen in diesem Staate auf die Mindermächtigen, weil Minderbemittelten, zu legen. Kann diese Überwälzung der Steuern, oder was dasselbe ist, in letzter Linie tragen alle Arbeiter, die im Produktionsprozeß tätig sind, alle Steuern. Wie sich das im einzelnen gestaltet, das ist eine schwierige Frage; man nennt sie die Frage der Steuerüberwälzung, die wir hier noch nicht zu erörtern haben. Für unsere Zwecke genügt einzuweisen, die gewonnene Erkenntnis, daß direkte und indirekte Steuern zunächst sich darin völlig gleichen, daß sie von der Tendenz durchdrungen sind, die Kosten des Staates entsprechend den Machtverhältnissen der verschiedenen Klassen in diesem Staate auf die Mindermächtigen, weil Minderbemittelten, zu legen. Kann diese Überwälzung der Steuern, oder was dasselbe ist, in letzter Linie tragen alle Arbeiter, die im Produktionsprozeß tätig sind, alle Steuern. Wie sich das im einzelnen gestaltet, das ist eine schwierige Frage; man nennt sie die Frage der Steuerüberwälzung, die wir hier noch nicht zu erörtern haben. Für unsere Zwecke genügt einzuweisen, die gewonnene Erkenntnis, daß direkte und indirekte Steuern zunächst sich darin völlig gleichen, daß sie von der Tendenz durchdrungen sind, die Kosten des Staates entsprechend den Machtverhältnissen der verschiedenen Klassen in diesem Staate auf die Mindermächtigen, weil Minderbemittelten, zu legen. Kann diese Überwälzung der Steuern, oder was dasselbe ist, in letzter Linie tragen alle Arbeiter, die im Produktionsprozeß tätig sind, alle Steuern. Wie sich das im einzelnen gestaltet, das ist eine schwierige Frage; man nennt sie die Frage der Steuerüberwälzung, die wir hier noch nicht zu erörtern haben. Für unsere Zwecke genügt einzuweisen, die gewonnene Erkenntnis, daß direkte und indirekte Steuern zunächst sich darin völlig gleichen, daß sie von der Tendenz durchdrungen sind, die Kosten des Staates entsprechend den Machtverhältnissen der verschiedenen Klassen in diesem Staate auf die Mindermächtigen, weil Minderbemittelten, zu legen. Kann diese Überwälzung der Steuern, oder was dasselbe ist, in letzter Linie tragen alle Arbeiter, die im Produktionsprozeß tätig sind, alle Steuern. Wie sich das im einzelnen gestaltet, das ist eine schwierige Frage; man nennt sie die Frage der Steuerüberwälzung, die wir hier noch nicht zu erörtern haben. Für unsere Zwecke genügt einzuweisen, die gewonnene Erkenntnis, daß direkte und indirekte Steuern zunächst sich darin völlig gleichen, daß sie von der Tendenz durchdrungen sind, die Kosten des Staates entsprechend den Machtverhältnissen der verschiedenen Klassen in diesem Staate auf die Mindermächtigen, weil Minderbemittelten, zu legen. Kann diese Überwälzung der Steuern, oder was dasselbe ist, in letzter Linie tragen alle Arbeiter, die im Produktionsprozeß tätig sind, alle Steuern. Wie sich das im einzelnen gestaltet, das ist eine schwierige Frage; man nennt sie die Frage der Steuerüberwälzung, die wir hier noch nicht zu erörtern haben. Für unsere Zwecke genügt einzuweisen, die gewonnene Erkenntnis, daß direkte und indirekte Steuern zunächst sich darin völlig gleichen, daß sie von der Tendenz durchdrungen sind, die Kosten des Staates entsprechend den Machtverhältnissen der verschiedenen Klassen in diesem Staate auf die Mindermächtigen, weil Minderbemittelten, zu legen. Kann diese Überwälzung der Steuern, oder was dasselbe ist, in letzter Linie tragen alle Arbeiter, die im Produktionsprozeß tätig sind, alle Steuern. Wie sich das im einzelnen gestaltet, das ist eine schwierige Frage; man nennt sie die Frage der Steuerüberwälzung, die wir hier noch nicht zu erörtern haben. Für unsere Zwecke genügt einzuweisen, die gewonnene Erkenntnis, daß direkte und indirekte Steuern zunächst sich darin völlig gleichen, daß sie von der Tendenz durchdrungen sind, die Kosten des Staates entsprechend den Machtverhältnissen der verschiedenen Klassen in diesem Staate auf die Mindermächtigen, weil Minderbemittelten, zu legen. Kann diese Überwälzung der Steuern, oder was dasselbe ist, in letzter Linie tragen alle Arbeiter, die im Produktionsprozeß tätig sind, alle Steuern. Wie sich das im einzelnen gestaltet, das ist eine schwierige Frage; man nennt sie die Frage der Steuerüberwälzung, die wir hier noch nicht zu erörtern haben. Für unsere Zwecke genügt einzuweisen, die gewonnene Erkenntnis, daß direkte und indirekte Steuern zunächst sich darin völlig gleichen, daß sie von der Tendenz durchdrungen sind, die Kosten des Staates entsprechend den Machtverhältnissen der verschiedenen Klassen in diesem Staate auf die Mindermächtigen, weil Minderbemittelten, zu legen. Kann diese Überwälzung der Steuern, oder was dasselbe ist, in letzter Linie tragen alle Arbeiter, die im Produktionsprozeß tätig sind, alle Steuern. Wie sich das im einzelnen gestaltet, das ist eine schwierige Frage; man nennt sie die Frage der Steuerüberwälzung, die wir hier noch nicht zu erörtern haben. Für unsere Zwecke genügt einzuweisen, die gewonnene Erkenntnis, daß direkte und indirekte Steuern zunächst sich darin völlig gleichen, daß sie von der Tendenz durchdrungen sind, die Kosten des Staates entsprechend den Machtverhältnissen der verschiedenen Klassen in diesem Staate auf die Mindermächtigen, weil Minderbemittelten, zu legen. Kann diese Überwälzung der Steuern, oder was dasselbe ist, in letzter Linie tragen alle Arbeiter, die im Produktionsprozeß tätig sind, alle Steuern. Wie sich das im einzelnen gestaltet, das ist eine schwierige Frage; man nennt sie die Frage der Steuerüberwälzung, die wir hier noch nicht zu erörtern haben. Für unsere Zwecke genügt einzuweisen, die gewonnene Erkenntnis, daß direkte und indirekte Steuern zunächst sich darin völlig gleichen, daß sie von der Tendenz durchdrungen sind, die Kosten des Staates entsprechend den Machtverhältnissen der verschiedenen Klassen in diesem Staate auf die Mindermächtigen, weil Minderbemittelten, zu legen. Kann diese Überwälzung der Steuern, oder was dasselbe ist, in letzter Linie tragen alle Arbeiter, die im Produktionsprozeß tätig sind, alle Steuern. Wie sich das im einzelnen gestaltet, das ist eine schwierige Frage; man nennt sie die Frage der Steuerüberwälzung, die wir hier noch nicht zu erörtern haben. Für unsere Zwecke genügt einzuweisen, die gewonnene Erkenntnis, daß direkte und indirekte Steuern zunächst sich darin völlig gleichen, daß sie von der Tendenz durchdrungen sind, die Kosten des Staates entsprechend den Machtverhältnissen der verschiedenen Klassen in diesem Staate auf die Mindermächtigen, weil Minderbemittelten, zu legen. Kann diese Überwälzung der Steuern, oder was dasselbe ist, in letzter Linie tragen alle Arbeiter, die im Produktionsprozeß tätig sind, alle Steuern. Wie sich das im einzelnen gestaltet, das ist eine schwierige Frage; man nennt sie die Frage der Steuerüberwälzung, die wir hier noch nicht zu erörtern haben. Für unsere Zwecke genügt einzuweisen, die gewonnene Erkenntnis, daß direkte und indirekte Steuern zunächst sich darin völlig gleichen, daß sie von der Tendenz durchdrungen sind, die Kosten des Staates entsprechend den Machtverhältnissen der verschiedenen Klassen in diesem Staate auf die Mindermächtigen, weil Minderbemittelten, zu legen. Kann diese Überwälzung der Steuern, oder was dasselbe ist, in letzter Linie tragen alle Arbeiter, die im Produktionsprozeß tätig sind, alle Steuern. Wie sich das im einzelnen gestaltet, das ist eine schwierige Frage; man nennt sie die Frage der Steuerüberwälzung, die wir hier noch nicht zu erörtern haben. Für unsere Zwecke genügt einzuweisen, die gewonnene Erkenntnis, daß direkte und indirekte Steuern zunächst sich darin völlig gleichen, daß sie von der Tendenz durchdrungen sind, die Kosten des Staates entsprechend den Machtverhältnissen der verschiedenen Klassen in diesem Staate auf die Mindermächtigen, weil Minderbemittelten, zu legen. Kann diese Überwälzung der Steuern, oder was dasselbe ist, in letzter Linie tragen alle Arbeiter, die im Produktionsprozeß tätig sind, alle Steuern. Wie sich das im einzelnen gestaltet, das ist eine schwierige Frage; man nennt sie die Frage der Steuerüberwälzung, die wir hier noch nicht zu erörtern haben. Für unsere Zwecke genügt einzuweisen, die gewonnene Erkenntnis, daß direkte und indirekte Steuern zunächst sich darin völlig gleichen, daß sie von der Tendenz durchdrungen sind, die Kosten des Staates entsprechend den Machtverhältnissen der verschiedenen Klassen in diesem Staate auf die Mindermächtigen, weil Minderbemittelten, zu legen. Kann diese Überwälzung der Steuern, oder was dasselbe ist, in letzter Linie tragen alle Arbeiter, die im Produktionsprozeß tätig sind, alle Steuern. Wie sich das im einzelnen gestaltet, das ist eine schwierige Frage; man nennt sie die Frage der Steuerüberwälzung, die wir hier noch nicht zu erörtern haben. Für unsere Zwecke genügt einzuweisen, die gewonnene Erkenntnis, daß direkte und indirekte Steuern zunächst sich darin völlig gleichen, daß sie von der Tendenz durchdrungen sind, die Kosten des Staates entsprechend den Machtverhältnissen der verschiedenen Klassen in diesem Staate auf die Mindermächtigen, weil Minderbemittelten, zu legen. Kann diese Überwälzung der Steuern, oder was dasselbe ist, in letzter Linie tragen alle Arbeiter, die im Produktionsprozeß tätig sind, alle Steuern. Wie sich das im einzelnen gestaltet, das ist eine schwierige Frage; man nennt sie die Frage der Steuerüberwälzung, die wir hier noch nicht zu erörtern haben. Für unsere Zwecke genügt einzuweisen, die gewonnene Erkenntnis, daß direkte und indirekte Steuern zunächst sich darin völlig gleichen, daß sie von der Tendenz durchdrungen sind, die Kosten des Staates entsprechend den Machtverhältnissen der verschiedenen Klassen in diesem Staate auf die Mindermächtigen, weil Minderbemittelten, zu legen. Kann diese Überwälzung der Steuern, oder was dasselbe ist, in letzter Linie tragen alle Arbeiter, die im Produktionsprozeß tätig sind, alle Steuern. Wie sich das im einzelnen gestaltet, das ist eine schwierige Frage; man nennt sie die Frage der Steuerüberwälzung, die wir hier noch nicht zu erörtern haben. Für unsere Zwecke genügt einzuweisen, die gewonnene Erkenntnis, daß direkte und indirekte Steuern zunächst sich darin völlig gleichen, daß sie von der Tendenz durchdrungen sind, die Kosten des Staates entsprechend den Machtverhältnissen der verschiedenen Klassen in diesem Staate auf die Mindermächtigen, weil Minderbemittelten, zu legen. Kann diese Überwälzung der Steuern, oder was dasselbe ist, in letzter Linie tragen alle Arbeiter, die im Produktionsprozeß tätig sind, alle Steuern. Wie sich das im einzelnen gestaltet, das ist eine schwierige Frage; man nennt sie die Frage der Steuerüberwälzung, die wir hier noch nicht zu erörtern haben. Für unsere Zwecke genügt einzuweisen, die gewonnene Erkenntnis, daß direkte und indirekte Steuern zunächst sich darin völlig gleichen, daß sie von der Tendenz durchdrungen sind, die Kosten des Staates entsprechend den Machtverhältnissen der verschiedenen Klassen in diesem Staate auf die Mindermächtigen, weil Minderbemittelten, zu legen. Kann diese Überwälzung der Steuern, oder was dasselbe ist, in letzter Linie tragen alle Arbeiter, die im Produktionsprozeß tätig sind, alle Steuern. Wie sich das im einzelnen gestaltet, das ist eine schwierige Frage; man nennt sie die Frage der Steuerüberwälzung, die wir hier noch nicht zu erörtern haben. Für unsere Zwecke genügt einzuweisen, die gewonnene Erkenntnis, daß direkte und indirekte Steuern zunächst sich darin völlig gleichen, daß sie von der Tendenz durchdrungen sind, die Kosten des Staates entsprechend den Machtverhältnissen der verschiedenen Klassen in diesem Staate auf die Mindermächtigen, weil Minderbemittelten, zu legen. Kann diese Überwälzung der Steuern, oder was dasselbe ist, in letzter Linie tragen alle Arbeiter, die im Produktionsprozeß tätig sind, alle Steuern. Wie sich das im einzelnen gestaltet, das ist eine schwierige Frage; man nennt sie die Frage der Steuerüberwälzung, die wir hier noch nicht zu erörtern haben. Für unsere Zwecke genügt einzuweisen, die gewonnene Erkenntnis, daß direkte und indirekte Steuern zunächst sich darin völlig gleichen, daß sie von der Tendenz durchdrungen sind, die Kosten des Staates entsprechend den Machtverhältnissen der verschiedenen Klassen in diesem Staate auf die Mindermächtigen, weil Minderbemittelten, zu legen. Kann diese Überwälzung der Steuern, oder was dasselbe ist, in letzter Linie tragen alle Arbeiter, die im Produktionsprozeß tätig sind, alle Steuern. Wie sich das im einzelnen gestaltet, das ist eine schwierige Frage; man nennt sie die Frage der Steuerüberwälzung, die wir hier noch nicht zu erörtern haben. Für unsere Zwecke genügt einzuweisen, die gewonnene Erkenntnis, daß direkte und indirekte Steuern zunächst sich darin völlig gleichen, daß sie von der Tendenz durchdrungen sind, die Kosten des Staates entsprechend den Machtverhältnissen der verschiedenen Klassen in diesem Staate auf die Mindermächtigen, weil Minderbemittelten, zu legen. Kann diese Überwälzung der Steuern, oder was dasselbe ist, in letzter Linie tragen alle Arbeiter, die im Produktionsprozeß tätig sind, alle Steuern. Wie sich das im einzelnen gestaltet, das ist eine schwierige Frage; man nennt sie die Frage der Steuerüberwälzung, die wir hier noch nicht zu erörtern haben. Für unsere Zwecke genügt einzuweisen, die gewonnene Erkenntnis, daß direkte und indirekte Steuern zunächst sich darin völlig gleichen, daß sie von der Tendenz durchdrungen sind, die Kosten des Staates entsprechend den Machtverhältnissen der verschiedenen Klassen in diesem Staate auf die Mindermächtigen, weil Minderbemittelten, zu legen. Kann diese Überwälzung der Steuern, oder was dasselbe ist, in letzter Linie tragen alle Arbeiter, die im Produktionsprozeß tätig sind, alle Steuern. Wie sich das im einzelnen gestaltet, das ist eine schwierige Frage; man nennt sie die Frage der Steuerüberwälzung, die wir hier noch nicht zu erörtern haben. Für unsere Zwecke genügt einzuweisen, die gewonnene Erkenntnis, daß direkte und indirekte Steuern zunächst sich darin völlig gleichen, daß sie von der Tendenz durchdrungen sind, die Kosten des Staates entsprechend den Machtverhältnissen der verschiedenen Klassen in diesem Staate auf die Mindermächtigen, weil Minderbemittelten, zu legen. Kann diese Überwälzung der Steuern, oder was dasselbe ist, in letzter Linie tragen alle Arbeiter, die im Produktionsprozeß tätig sind, alle Steuern. Wie sich das im einzelnen gestaltet, das ist eine schwierige Frage; man nennt sie die Frage der Steuerüberwälzung, die wir hier noch nicht zu erörtern haben. Für unsere Zwecke genügt einzuweisen, die gewonnene Erkenntnis, daß direkte und indirekte Steuern zunächst sich darin völlig gleichen, daß sie von der Tendenz durchdrungen sind, die Kosten des Staates entsprechend den Machtverhältnissen der verschiedenen Klassen in diesem Staate auf die Mindermächtigen, weil Minderbemittelten, zu legen. Kann diese Überwälzung der Steuern, oder was dasselbe ist, in letzter Linie tragen alle Arbeiter, die im Produktionsprozeß tätig sind, alle Steuern. Wie sich das im einzelnen gestaltet, das ist eine schwierige Frage; man nennt sie die Frage der Steuerüberwälzung, die wir hier noch nicht zu erörtern haben. Für unsere Zwecke genügt einzuweisen, die gewonnene Erkenntnis, daß direkte und indirekte Steuern zunächst sich darin völlig gleichen, daß sie von der Tendenz durchdrungen sind, die Kosten des Staates entsprechend den Machtverhältnissen der verschiedenen Klassen in diesem Staate auf die Mindermächtigen, weil Minderbemittelten, zu legen. Kann diese Überwälzung der Steuern, oder was dasselbe ist, in letzter Linie tragen alle Arbeiter, die im Produktionsprozeß tätig sind, alle Steuern. Wie sich das im einzelnen gestaltet, das ist eine schwierige Frage; man nennt sie die Frage der Steuerüberwälzung, die wir hier noch nicht zu erörtern haben. Für unsere Zwecke genügt einzuweisen, die gewonnene Erkenntnis, daß direkte und indirekte Steuern zunächst sich darin völlig gleichen, daß sie von der Tendenz durchdrungen sind, die Kosten des Staates entsprechend den Machtverhältnissen der verschiedenen Klassen in diesem Staate auf die Mindermächtigen, weil Minderbemittelten, zu legen. Kann diese Überwälzung der Steuern, oder was dasselbe ist, in letzter Linie tragen alle Arbeiter, die im Produktionsprozeß tätig sind, alle Steuern. Wie sich das im einzelnen gestaltet, das ist eine schwierige Frage; man nennt sie die Frage der Steuerüberwälzung, die wir hier noch nicht zu erörtern haben. Für unsere Zwecke genügt einzuweisen, die gewonnene Erkenntnis, daß direkte und indirekte Steuern zunächst sich darin völlig gleichen, daß sie von der Tendenz durchdrungen sind, die Kosten des Staates entsprechend den Machtverhältnissen der verschiedenen Klassen in diesem Staate auf die Mindermächtigen, weil Minderbemittelten, zu legen. Kann diese Überwälzung der Steuern, oder was dasselbe ist, in letzter Linie tragen alle Arbeiter, die im Produktionsprozeß tätig sind, alle Steuern. Wie sich das im einzelnen gestaltet, das ist eine schwierige Frage; man nennt sie die Frage der Steuerüberwälzung, die wir hier noch nicht zu erörtern haben. Für unsere Zwecke genügt einzuweisen, die gewonnene Erkenntnis, daß direkte und indirekte Steuern zunächst sich darin völlig gleichen, daß sie von der Tendenz durchdrungen sind, die Kosten des Staates entsprechend den Machtverhältnissen der verschiedenen Klassen in diesem Staate auf die Mindermächtigen,

gesagten bedingten Begnadigung usw. rein gar nichts besagen, zumal diese Verbesserungen auch noch in das Belieben des Richters gestellt sind. Den Richtern aber einen so weiten Spielraum, wie es im Entwurf geschehen, einzuräumen, dagegen muß nach den bisherigen Erfahrungen in der Rechtsprechung ganz energisch Front gemacht werden. Deshalb weg mit diesem Entwurf!

Die Agitationsweise des Maschinisten- und Heizerverbandes.

München. Die Erfolglosigkeit der Bemühungen des Maschinisten- und Heizerverbandes, die dem Brauereiarbeiterverband angehörenden Maschinisten, Heizer usw. in den Brauereien für sich zu gewinnen, treiben den Maschinisten- und Heizerverband zu den ver- bzw. feindeten Mitteln, um sein Ziel zu erreichen. Dafür hat nun der merkwürdige Gauleiter Schlichting aus Stuttgart eine 14 tägige Agitation in München unternommen. Die erste Versammlung fand am 5. November statt. Zu derselben waren alle im Brauereiarbeiterverband organisierten Maschinisten und Heizer schriftlich eingeladen. Auf Wunsch derselben beschließen einige unserer Kollegen diese Versammlung, zu welcher bei 180 Einladungen ganze 11 Männer erschienen waren. Nach dieser Versammlung verbreitete der Maschinisten- und Heizerverband ein von Schlichting verfasstes Flugblatt unter den Brauereimaschinisten und Heizern mit den größten Unzulänglichkeiten über die an der befreifenden Versammlung teilgenommenen Kollegen und Verdächtigungen und Beschimpfungen des Brauereiarbeiterverbandes, wobei Schlichting etwas leisten kann. (Diese Unzulänglichkeiten sind auch in einem Bericht im "Deutschen Maschinisten und Heizer" Nr. 24, übergegangen, der vom Geschäftsführer Dr. Sefer unterzeichnet und in demselben Tonfall wie das Flugblatt gehalten ist.)

Am 21. November beschäftigte sich nun eine vom Brauereiarbeiterverband einberufenen und gut besuchte öffentliche Versammlung in den Brauereien beschäftigten Maschinisten, Heizer, Maschinenhelfer und Schmied mit der Tagesordnung: Die Verdächtigungen und Verleumdungen des Gauleiters Schlichting aus Stuttgart vom Maschinistenverband gegenüber dem Brauereiarbeiterverband, Gauleiter Schlichting und Geschäftsführer Sefer vom Maschinistenverband waren eingeladen, aber nicht erschienen. Offensbar war es ihnen nicht ganz wohl angehnicht ihrer vermeintlichen Handlungsweise. Dagegen wurden folgende Handzettel verteilt:

Zentralverband der Maschinisten, Heizer und Verfassungsgegnern, Zahlreiche München.

Werte Kollegen!

Der Brauereiarbeiterverband beruft in Handzetteln, in denen die Worte "Lüge und Verleumdung" eine Hauptrolle spielen, eine Versammlung für Maschinisten, Heizer usw. ein und fordert alle Kollegen zum Besuch dieser Versammlung auf.

Abgesehen von der unanständigen Form, in der zum Versammlungsbesuch aufgerufen wird, halten wir den Brauereiarbeiterverband nicht für kompetent, Maschinisten- und Heizerverhandlungen abzuhalten, das ist Sache unseres Verbandes. Am Samstag, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus Dokt. Atmi, Frauenplatz 6,

Mitglieder der Versammlung sollt in der es unseren Mitgliedern überlassen bleibt, darüber Bescheid zu fassen, ob die von den Brauern einberufenen Versammlung von unseren Mitgliedern besucht werden soll oder nicht. Dem Beschluß der Mitgliederversammlung haben sich die nicht-anwesenden Kollegen gleichfalls zu fügen; es hat also jeder Kollege die unabdingbare Pflicht zur Mitgliederversammlung zu kommen. Diejenigen Kollegen, welche dieslich verhindert sind, werden bis spätestens Sonntag früh davon unterrichtet, was die Versammlung beschlossen hat.

Mit kollegialem Gruß

Der Ausschuß.

Werter Kollege!

Die heutige Mitgliederversammlung hat beschlossen: Die Art und Weise, wie zu der öffentlichen Versammlung für Maschinisten, Heizer usw. seitens des Brauereiarbeiterverbandes eingeladen wird, ist eine ganz unanständige Beleidigung nicht nur unseres Gauleiters, sondern auch unserer Organisation. Nach diesen Handzetteln kann auf keinen Fall damit gerechnet werden, daß diese Versammlung einen tugigen, jährligen Beitrag nimmt und unsere Mitglieder nicht in ihren Gefühlen als Mitglieder unseres Verbandes bestreikt werden. In der Tat, in den zu den Versammlungen eingeladenen wird, steht ein roher, ja wird dies noch mehr in der Versammlung fest sein.

Zur Interesse der allgemeinen Arbeiterschaft beschließt daher die Mitgliederversammlung, daß die morgen, Sonnabendmorgen, folgenden Versammlung der Brauereiarbeiter vor unseren Kollegen nicht besucht wird. Alle Kollegen haben nun diesen Beschluß zu fügen.

Der Ausschuß.
A.B.: Das in dem Flugblatt in bezug auf die von den Brauern so gemachten Ausführungen vollständig der Wahrheit entsprechend dargestellt sind, wird von den in der betreffenden Versammlung Anwesenden neuerdings bestätigt.

So wurde nun darüber, Rede zu reden und den Beweis für die Behauptungen anzutreten.

Die Versammlung war gut besucht. Eingangs meldete sich ein Zusammengesetztes Mitglied des Maschinisten- und Heizerverbandes, berichtete über den Besuch ihrer Versammlung, an der heutigen Versammlung nicht teilzunehmen und forderte die dem Maschinisten- und Heizerverband angehörenden Mitglieder auf, mit ihm den Saal zu verlassen. Vierzehn Männer folgten dem Aufruf.

Als erster Redner führte Kollege Högl aus, daß er die in dem Flugblatt in den Mund gelegte Behauptung niemals gemacht habe und bedauert, daß Schlichting und Sefer trotz Einladung nicht erschienen seien, was sie genugend beweisen, weil sie ihre Anschuldigungen nicht bekräftigen können. Er fordert dann den Beileg der Versammlung am 5. November. Die Versammlung, an der fünfzehn Kollegen von unserem Verband anwesend waren, sollte am 8. Uhr beginnen. Um 10 Uhr war die Schlichting immer noch am Rednerpult. Nur waren trotz der 180 Einladungen nur erschienen. Unsere Kollegen sahnen dazu, wenn Schlichting keine Versammlung abhalte, so würden sie für den Sonnabend und Dienstagabend eintragen.

Schlichting kann durch den in Stuttgart eingesetzten Kollegen nicht direkt seine Behauptungen widerlegen, da dieser Kollege nicht aus dem Maschinisten- und Heizerverband ist. Schlichting kann durch den in Stuttgart eingesetzten Kollegen nicht direkt seine Behauptungen widerlegen, da dieser Kollege nicht aus dem Maschinisten- und Heizerverband ist. Schlichting kann durch den in Stuttgart eingesetzten Kollegen nicht direkt seine Behauptungen widerlegen, da dieser Kollege nicht aus dem Maschinisten- und Heizerverband ist. Schlichting kann durch den in Stuttgart eingesetzten Kollegen nicht direkt seine Behauptungen widerlegen, da dieser Kollege nicht aus dem Maschinisten- und Heizerverband ist.

Nach der Versammlung am 5. November der Gauleiter Schlichting persönlich zur Stelle erschienen habe, waren nicht viele Kollegen zu dieser Versammlung eingeladen, und nicht

die Maschinisten und Heizer der Brauereien, Brauereihäuser, Schulhäuser usw., da habe Schlichting gemeint: "So dummkopf bin ich und säume das noch beim Schwanz auf." Die Maschinisten und Heizer in den obigen Anstalten sind nicht organisiert, aber diese lädt man in Ruhe, weil die Herren in der Agitation kein Geschäft haben; darum kommen sie zu den Organisationen, wo die Mitglieder geholt werden sollen. Wie wenig ihnen das gelingt, zeigen die weiteren Bezirksversammlungen, von denen viele gar nicht abgehalten werden konnten, weil niemand kam, andere waren mit 10 bis 15 Mann besetzt bei Hunderten von Einladungen. Redner weiß nochmals die ihm in den Mund gelegten Ausführungen unter Beifall energisch zurück.

Als zweiter Redner trittete Kollege Jacob schief den Inhalt des Flugblattes in bezug auf die Auslegung der Hamburger Tariflösung und wies schlagend nach, wie die Interessen der Maschinisten und Heizer am besten durch den Brauereiarbeiterverband vertreten werden. Das Protokoll der neuntägigen Tarifverhandlungen ließ die besten Beweise, dort sind die Vertreter des Maschinisten- und Heizerverbandes wenig oder gar nicht zu finden. Redner wies zahlenmäßig nach, welche Verbesserungen für die Maschinisten, Heizer, Maschinenhelfer und Schmiede in den Münchener Brauereien durch den Tarif erreicht wurden, er bewies ferner auf die Nachzahlung der Witterungsabschöpfung durch Schiedsentscheid vom 24. März 1909 für nahezu alle Arbeiter in den Maschinenhäusern und die sonstigen Erfolge durch Schiedssprüche, was alles der Maschinisten- und Heizerverband infolge Unkenntnis der Verhältnisse und der früheren Tarifbestimmungen niemals erreicht hätte. Redner zeigte an einem Fall in der Löwenbrauerei die ungeschickte "fachmännische" Vertretung des Maschinisten- und Heizerverbandes bei seinen dortigen vier Mitgliedern, die als Heizerbezieher entlohnungswürdig waren, sollten sie nicht erzielt werden sollen. Eine ungleichartige Neuordnung des Vertreters des Maschinistenverbandes hatte zur Folge, daß die vier Männer zum Teil aus dem Kesselhaus heraustraten, als Tagelöhner beschäftigt wurden, an ihrem Lohn einbüßten und dem Verband für diese "fachmännische" Vertretung den Rücken lehrten. Kollege Jacob wies ebenfalls die in dem Flugblatt enthaltenen Verdächtigungen des Brauereiarbeiterverbandes energisch zurück und geißelte die Feigheit der nicht erschienenen Vertreter des Maschinistenverbandes. Alle gegen uns gerichteten Behauptungen fallen auf den Maschinistenverband zurück. Der Brief, den der Geschäftsführer Sefer an die Versammlung richtete, giebt den besten Beweis dafür. Sefer schreibt: "Ich habe keine Lust, in diesen Saal hineinzugehen und mich von einer verdeckten und fanatisierten Rasse niederrücken zu lassen." Sefer zieht den Schlupf aus seinen Versammlungen und glaubt, daß es in anderen Gewerkschaften ebenso zugehe. Jacob zeigt dann an, daß gemacht werden, falls die unlautere, verdeckte Agitation des Maschinistenverbandes, wie die Mitglieder des Brauereiarbeiterverbandes zu ihren Versammlungen eingeladen, zum Übertritt bearbeitet und ohne Mitgliedsbuch umgeschrieben werden, wie unseren Mitgliedern Zeitungen mit Aufnahmescheinen zugesandt werden. Deshalb hat man auch für die Unorganisierten keine Zeit. Mit den erdenklichsten Mitteln arbeitet der Maschinistenverband unter unseren Mitgliedern, aber nur wenige waren es, die sich überloppten und diese wiederholten, müssen wir mit erneuten Kräften arbeiten, denn nur im Brauereiarbeiterverband können die Interessen sämtlicher Sparten gewahrt werden.

In der Diskussion wurden traurige Beispiele über die Agitationsweise des Maschinistenverbandes gebracht, die ein bezeichnendes Licht auf die Praktiken der Vertreter desselben werfen. Kollege Papp berichtete, in einer Versammlung im Juni habe Gauleiter Schlichting die Vertreter unseres Verbandes einschließlich des Hauptvorstandes "gewisse Kerle" geheißen. Neben solche Agitationsweise zu urteilen überlassen wir jedem objektiv denkenden Kollegen.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen und mit einem Appell an die Versammlung, noch mehr als bisher für den Brauereiarbeiterverband einzutreten, die Versammlung geöffnet.

Die heutige, am 21. November 1909, tagende Versammlung der Maschinisten, Heizer, Maschinenhelfer und Schmiede der Brauereien Münchens ist mit den Ausführungen der beiden Referenten vollständig einverstanden.

Die Versammlung willigt auf das schwärze die Verleumdungen und Verdächtigungen des Maschinisten- und Heizerverbandes und dessen Gauleiters Schlichting und des Vorsitzenden Sefer gegenüber dem Brauereiarbeiterverband. Ganz energisch weist die Versammlung den Inhalt des Flugblattes, die vom Maschinisten- und Heizerverband in den Münchener Brauereien verteilt wurden, als eine grobe Unzulänglichkeit und Schändigkeit zurück.

Die Versammlung verwehrt sich dagegen, daß der Maschinisten- und Heizerverband die Mitglieder des Brauereiarbeiterverbandes juristisch zu seinen Versammlungen einlädt und dort verlangt, daß sie übertritten. Gegen diese unlautere terroristische Agitation protestiert die Versammlung und verurteilt die Handlungsweise des Maschinisten- und Heizerverbandes, der die Mitglieder des Brauereiarbeiterverbandes umstiebt ohne Mitgliedsbuch und ohne sich zu vergewissern, ob die Mitgliedschaft in Ordnung ist; die Kontrollstelle allein genügt nicht zum Übertritt.

Die Versammlung verabschiedet die fortwährenden egoistischen Handlungen des Maschinisten- und Heizerverbandes. Sie anerkennen den Brauereiarbeiterverband als den einzigen Vertreter für die Arbeiter der sämtlichen Sparten in den Brauereien, wie dieses aus den Tarifverhandlungen wie aus den Friedensgerichtsverhandlungen deutlich hervortritt. Aus diesem Grunde verpflichten sich die Versammlungen den Brauereiarbeiterverband noch stärker und intensiver auszubauen.

Die Versammlung verwohrt sich ganz entschieden gegen den Inhalt der Zuschrift des Maschinistenverbandes, daß die heutige Versammlung eine verdeckte, eine fanatische Rasse sei und wenn diese Verdächtigung energisch zurück.

Bewegung im Berufe.

Lohnbemerkungen. — Tarifverträge. — Differenzen.

↑ Zugang ist fernzuhalten nach Wartehalle, Biebrich a. Rh., Marktstraße und Olegar.

Brauereien.

↑ Esslingen. Tarifvertrag. Mit der Adlerbrauerei in Esslingen ist es ebenfalls gelungen, einen Tarifvertrag abzuschließen. Als wesentliche Verbesserungen sind zu verzeichnen: Verkürzung der Arbeitszeit möglich um 2 Stunden, Erhöhung der Löhne insgesamt um 2-4 Pf. Abhängigkeit der Sonntagsarbeit im Sommerhalbjahr beginnend, Bezahlung derselben von Strafe mit 50 Pf. für Überstunden im Sommerhalbjahr werden 40 Pf. bezahlt, die Sonntagsarbeiten im Winterhalbjahr sind auf längstens 3 Stunden reduziert und erhalten die Arbeiter den dritten Sonntag frei, der § 616 des B.G.W. ist zur gegenwärtigen Zufriedenheit geregelt, ebenso die Entlastung des Betriebes. Die Hilfsarbeiter sind in das Tarifverhältnis mit einzubeziehen.

Der Esslinger Betrieb hat mit am anfänglich sehr hartnäckig gezeigt und war erst nach wiederholten Vorstellungen zu bewegen, den Arbeiter der Arbeitnehmer einzutreten und mit einem Vertreter unserer Organisation zu unterhandeln. Wenn unsere Kollegen die gegenwärtige Beziehungspolitik dieser Adlerbrauerei zu würdigen wissen, dann werden sie mit diesen Abmachungen vollkommen zufrieden sein. Wenn jedoch Mitglieder ihrer Brüder bestreikt sind und die fortwährenden Maßnahmen von der Notwendigkeit der Organisation überzeugen, kann nicht es ein leichtes sein, das Erreichte aufrecht zu erhalten und bei der nächsten Tarifverhandlung das Tarifverhältnis nachzutragen.

Nach den Kollegen aus der Umgebung wie Regensburg, Ulm, Augsburg u. j. sollen einzusehen, daß es möglich ist,

auch in ländlichen Brauereien Verbesserungen zu schaffen, wenn die Arbeiter den Wert der Organisation erkennen.

↑ Weinheim. Zu dem mit der Brauerei Bürgerebräu abgeschlossenen Tarifvertrag ist nachzutragen, daß die Arbeitszeit des Fachpersonal um 1½ Stunde täglich für die Wintermonate verkürzt wurde. — Die früher an den zweiten Feiertagen unentgeltlich an leitende Arbeitszeit von drei Stunden wird jetzt auch besonders vergütet. — Die Maschinisten und Heizer erhalten für geleistete Sonn- und Feiertagsarbeit bis zu 6 Stunden 250 Pf. je jede weitere Stunde wird mit 80 Pf. bezahlt. Früher erhielten Maschinisten und Heizer für Sonn- und Feiertagsarbeit nichts bezahlt. Die Löhne steigen für Brauer, Küfer, Handwerker, Maschinisten, Heizer von 24—26 Pf. auf 26,50—27,50 Pf.; Küttiger von 21—24 Pf. auf 24—28 Pf.; Hilfsarbeiter von 19,50—22 Pf. auf 22—24 Pf. Die Bezahlung des nicht getrunkenen Freibieres mit 17 Pf. pro Liter kommt besonders den Fahrgästen zugute, die bisher in Landtouren ihres Hausturmes verlustig gingen und ihn jetzt entschädigt erhalten. Über die sonstigen Erfolge haben wir schon berichtet.

Nicht deutlich machte es sich während dieser Lohnbewegung bemerkbar, wie wertvoll für die Brauereiarbeiter ein kollegialisches, solidarisches Vorgehen, das Zusammengehörigkeitsgefühl, die Einheitsorganisation ist, welches wirtschaftlichen Eindruck es auf den Unternehmer ausübt, wenn er sieht, daß seine Arbeiter wie ein Mann zusammenstehen, daß sich keine Seitenräuber und Querulantnen bemerkbar machen. Nur dieser Einsicht, daß ein Ganzer mehr zu leisten imstande ist, als Dreidrittel, dieser merkwürdige Erkenntnis der Kollegen ist es zu verdanken, daß wir einen so schönen Erfolg zu verzeichnen haben. Auch dieser Erfolg muß uns wieder ein neuer Ansporn sein, unsere Organisation zu festigen und auszubauen, damit wir auch in Zukunft allen Eventualitäten gewachsen sind; wir müssen unseren Stolz darin erblicken, im Brauereiarbeiterverband alle Brauereiarbeiter organisiert zu sehen.

Bier-Niederlagen.

↑ Breslau. In dem in voriger Nummer veröffentlichten Bericht ist richtig aufstellen, daß für Bierfahren an Sonntagen den Nichttarifhöchstäanden 50 Pf. pro Stunde bezahlt wird.

Malzfabriken.

↑ Striegau i. Sch. Preußischer Polizeischutz für Unternehmer. Die Kollegen der Malzfabrik Barendorf bei Striegau sind in eine Polizeibewegung eingetreten. Die hilfsbereite Behörde sprang dem Unternehmer bei, indem sie die tschechischen Kollegen ausweis. Es geht doch nichts über eine stets wachsame Behörde, auch wenn es sich um den Schutz des Unternehmerprofits handelt.

Korrespondenzen.

Berlin. Den organisierten Böttcher in Berlins scheint es in ihren Versammlungen ganz erheblich an Verhandlungsmaterial zu mangeln. Zu dieser Ansichtung gelangt man angesichts der Tatsache, daß sich die Böttcher in ihren Versammlungen anlegentlich mit den Brauern beschäftigen. So ist in der Nr. 46 der "Deutschen Böttcher-Zeitung" vom 13. November 1909 ein Versammlungsbericht von Berlin enthalten, in welchem behauptet wird, die Brauer hätten „auf der Brauerei Nordstern, wo der Böttcher Meznier aus hilfsweise beschäftigt wurde und unter anderem auch auf der Schwanthalle, durch eine Betriebsversammlung es fertig gebracht, die Entlassung Meznars zu fordern. Die Direktion willigte dem Wunsche der Brauer“ ein.

Diese Darstellung des vorliegenden Falles schlägt den wahren Tatsachen direkt ins Gesicht. Die hier folgende Schildderung des Falles, zu deren Bestätigung der Wahrheit wir uns das Zeugnis der in der Brauerei "Nordstern" beschäftigten Böttcher, Meznier und Neumann sowie der sämtlichen dort beschäftigten Brauer, Handwerker und Hilfsarbeiter herheben, wird die Wahrheitlichkeit des Betriebschalters in der Versammlung der Böttcher in einem recht eindrücklichen Lichte erscheinen lassen.

In der Nordsternbrauerei waren die Böttcher L. und N. fast ausschließlich mit Brauereiarbeiten beschäftigt, da das Großbier, Bier- und Ginkeltern beendet war und die Nordsternbrauerei das Brauereigebäude bei einem Böttchermeister stiftet ließ. Bereits ist, daß nach Aussage des Braumeisters, der Böttcher N. nur aus hilfsweise bis zur Beendigung des Großbiers engagiert worden sei. Im Sommer dieses Jahres traten die Brauer der Nordsternbrauerei an unsere Ortsverwaltung mit dem gewiß sehr vereitigten Ansinnen heran, auf dem Wege der Verhandlung und im Einvernehmen mit der Ortsverwaltung der Böttcher dafür Sorge zu tragen, daß die beiden Böttcher, wenn sie einmal die Stellung eines Brauers einnehmen, auch alle Brauereiarbeiter, also auch die nichtangestammten, wie Fachkluppen, früh Aufstieg machen usw. zu verrichten hätten. In einer Betriebsversammlung, an welcher als Vertreter der Böttcherorganisation der Kollege Godapp anwesend war, wurde unter ausdrücklicher Zustimmung des Vertreters der beiden Organisationen beschlossen, der Betriebsleitung der Nordsternbrauerei folgenden Vorschlag durch den Genossen Klapschus zu unterbreiten:

Der Böttcher N. berichtet von nun an an alle Brauereiarbeiter. Der Böttcher L. sollte auf seinem Berufe beschäftigt werden und nur in dringenden Fällen und nur solange, bis Aushilfskräfte herbeigefasst sind, zu Brauereiarbeiten zugezogen werden. Wird die Einführung eines Böttchers notwendig, so ist in erster Linie der Böttcher N. von der Schwanthalle zu nehmen. Einige Tage darauf teilte Klapschus, der Ortsverwaltung der Brauereiarbeiter telefonisch mit, daß diese Angelegenheit im vorstehenden Sinne mit der Nordsternbrauerei zur Befriedenheit geregelt sei.

Naß Verlauf einiger Tage wurde der Böttcher L. gefündigt, weil er sich gemeigert hatte, Brauereiarbeiten zu verrichten. In einer Betriebsversammlung beschlossen daraufhin die organisierten Brauer und Brauereihilfsarbeiter, falls die Böttcher mit der Nordsternbrauerei aus Anlaß dieser Kündigung in Discrepanzen verwickelt werden sollten, die Böttcher L. solle nicht zu übertragen, indem sie nicht einen handschlag Böttcherarbeiten verrichten, auch nicht diejenigen, zu welchen sie bisher als Hilfsmannschaften herangezogen wurden. Das Resultat der Verhandlung war: die Kündigung des Böttchers L. wurde zurückgenommen. Dies sei nur der Vollständigkeit halber hier mitgeteilt.

Auf der Nordsternbrauerei macht sich nun die Einstellung eines Böttchers als "Bize" notwendig. Entgegen der ausdrücklichen Verabredung wurde aber nicht der Böttcher Neumann von der Schwanthalle genommen, sondern ein Böttcher vom Arbeitsnachlass bezogen und teilweise ebenfalls auf der Schwanthalle beschäftigt. Als nach Ablauf der vierzehntägigen Aushilfszeit der neueingestellte Böttcher weiterbeschäftigt wurde, also dann erstmals unsere Kollegen von der Nordsternbrauerei der Ortsverwaltung von der Neueröffnung eines Böttchers als "Bize" und dessen weiterbeschäftigung über die "Bize"-Zeit hinaus, Mitteilung. Innererseits wurde dann bei der Betriebsleitung der Nordsternbrauerei eingefragt, warum beim Bedarf eines Böttchers nicht den Abmachungen gemäß verfahren und der Böttcher Neumann von der Schwanthalle genommen worden sei. Die Betriebsleitung antwortete: "Der neue Böttcher sei nur als "Bize" eingestellt. Da aber der Böttcher nicht eine im höchsten Falle 14 Tage dauernde Aushilfszeit gebunden sei, so könne der Böttcher über 14 Tage hinaus als "

hat nur darauf gedrungen, daß die zivilen den Beteiligten getroffenen Vereinbarungen auch eingehalten werden. Gegenst. hat einzig und allein der Vertreter der Böttcher, Alpinus. Er hat die Vereinbarung im Auftrage seiner Kollegen mit der Betriebsleitung der Nordsternbrauerei getroffen und durfte somit als Arbeitsvermittler der Böttcherorganisation nicht eher einen Böttcher nach der Nordsternbrauerei vermitteln, bevor er nicht die Gewissheit hatte, daß der Vereinbarung gemäß, der Böttcher Neumann von der Schwanthalle nach der Böttcherei versetzt worden ist und daß der neu einzustellende Böttcher nicht wiederum mit Brauerearbeiten beschäftigt wird.

Zum übrigen illustriert dieser Fall auf der Nordsternbrauerei höchstlich die in demselben Versammlungsbericht von den Böttchern ausgestoßene Klage, daß Brauer zu Arbeitern herangezogen werden, welche ausschließlich Böttcherarbeiten sind."

Essen. In der gut besuchten Versammlung vom 17. November gab der Kassierer den Kassenbericht vom 3. Quartal. Die Einnahme betrug 865 M., die Ausgabe 360,50 M., so daß 504,50 M. an die Hauptkasse abgeschoben wurden. Die Mitgliederzahl beträgt 154. Die Votatkasse hatte einen Bestand von 397,78 M., wovon 150 M. bei der Gesellschaftsbrauerei in Augsburg angelegt sind. Hierzu wurde beschlossen, jetzt wieder 100 M. nach Augsburg zu senden. Sodann gibt der Vorsitzende bekannt, daß mit der Brauerei Spillenburg in Steele ein Tarif abgeschlossen wurde, der sich mit dem Inhalt des Essener Tarifs deckt. Mit der Brennerei konnte eine Einigung noch nicht erzielt werden, doch ist zu hoffen, daß der Tarif in den nächsten Tagen zum Abschluß kommt. Hierauf kam die Einstellungswweise auf der Essener Brennerei zur Sprache. Obwohl hier in nächster Nähe genug arbeitslose Kollegen sind, hält es Herr Braumeister Schneider doch für angebracht, zu Beginn der jüngsten Mälzereikampagne 5 Kollegen von auswärts einzustellen. Als Kollege Brülling-Dortmund wegen Einstellung organisierter Kollegen vorschreibt, wurde ihm unter anderem auch gesagt, man hätte mit unseren Leuten schlechte Erfahrungen gemacht. Die organisierten Kollegen der Aktienbrauerei sind aber der Ansicht, daß sie ihre Arbeit mindestens ebenso, wenn nicht noch besser als die Lieblinge des Braumeisters machen. Was die Kollegen außerhalb der Arbeitsstelle machen, das kann doch Herr Schneider ganz egal sein. Wir fragen deshalb: wo bleibt die in dem Schreiben an uns so sehr hergehobene Unparteilichkeit, wenn die nötigen Arbeitskräfte von außerhalb herangezogen werden und die heissen arbeitslosen Kollegen weiter darben müssen? Die Neuengestellten sind zum Teil aus festem Arbeitsverhältnis herausgenommen worden, damit man auch ja ganz sicher ging, keinen organisierten Kollegen zu erwischen. Hier zeigt Herr Schneider wieder seine uns schon längst bekannte Feindseligkeit gegenüber der freien Organisation.

Dann hielt Kollege Brülling einen mit grösster Aufmerksamkeit verfolgten Vortrag über: "Die Gefahren der neuen Steuergesetzgebung für die arbeitende Klasse". Redner beschreibt zunächst die indirekten Steuern, die nach dem Ausspruch Bismarcks: "Der deutsche Michel zahlt gern, wenn er nur nicht weiß, wie er zahlt", aufgebaut seien. Dann erwähnt er die Steuerschau der Konkurrenz und des Zentrums und die Ablehnung der Erbschaftsteuer durch diese Parteien. Als Quittung für die große Freude bei der Reichstagswahl 1907 habe jetzt der Reichstag dem deutschen Volke die 500 Millionen neue Steuern gebracht. Auf der kurzlich stattgefundenen Tagung des Bundes der Landwirte sei zum Ausdruck gekommen, daß das Bier, der Branntwein und der Tabak die 500 Millionen hätten allein tragen können, man müsse noch neue Agrusteuer erheben, z. B. auf Gemüse, Milch usw. Auch könne der Bund der Landwirte die Opposition der Arbeiterschaft gegen die neuen Steuern nicht verstehen, denn er hätte doch seinerzeit auch für die Arbeitergesetze gestimmt. Wie aber diese Gesetze aussehen, das wissen die Arbeiter selbst am besten. Sollten doch auch noch die Menterer von 20 bis 25 Prozent in Weißfalen kommen, dann seien ja doch bloß Schnapsrenten. Die neue Bratsteuer habe ihre schädliche Wirkung auch schon den Brauereiarbeitern zur Genuge gezeigt. Arbeiterentlassungen sind schon vielfach vorgetreten. Der Wert der Tarifverträge zeigt sich wieder darin, daß uns die Arbeitgeber keine Lohnabzüge machen können. Deshalb müsse jeder nach seinen Kräften betriebe sein, die Organisation mit auszubauen. Der reiche Beispiel zeigte, daß die Kollegen mit den Ausführungen einverstanden waren.

Da in den nächsten Tagen eine Verhandlung mit dem Bohrschutzverband betrifft, Verkürzung der Arbeitszeit stattfindet, so wurde eine Kommission hinzugezogen.

Mannheim. Zu einer öffentlichen Brauereiarbeiterversammlung im "Koloseum" sprach Kollege M. Ebel über: "Die gegenwärtige Lage der Brauindustrie und die sich für die Brauereiarbeiter daraus ergebenden Lehren." Der Redner legte den Anwesenden in erster Linie die Notwendigkeit der Organisation aller in der Brauindustrie beschäftigten Arbeiter dringend an das Herz. Von oben haben wir unter den gegenwärtigen Verhältnissen nichts zu erwarten. Der Brauereiarbeiterverband hat kein Mittel unternommen, die Brauereiarbeiter vor den Gefahren zu schützen. Durch Petitionen an den Reichstag wurde auf die Gefahren hingewiesen. Aber der klerikal-konservative Schnapsclub hatte kein Gehör. Für Unterstützung der durch diese Vorlage in Not kommenden Kollegen hatte man ein höhnisches Nein, und so blieb uns nichts mehr übrig, als durch Einfluss der Organisation bei den Unternehmerverbänden weitere Entlassungen zu verbüten. Wenn auch wir in Baden bis jetzt vor dieser Vorlage verschont geblieben sind, so müssen wir uns gefaßt machen, daß trotz in kurzer Zeit dasselbe zu erwarten haben, als die norddeutschen Kollegen. Der mangelhafte Besuch der Versammlung zeigte sehr gut, daß die Kollegen die Gefahr noch nicht ahnen. Durch die gewaltigen Kämpfe in Norddeutschland hätten die Kollegen durch die Presse, wenn auch aus gewissen Gründen vielfach aufgehalten, etwas lernen können. Die Vorbedingung eines ausgiebigen Schutzes der Arbeiter ist eine gute, geistige Organisation, zu der selben hinzuarbeiten jedes Mitgliedes Pflicht ist. Alle persönlichen Reibereien, die gewöhnlich zum Nachteil der Organisation ausarten, wie es zurzeit wieder in einem Betrieb hier besonders heraustritt, müssen vermieden und mit aller Energie unterdrückt werden. Von den Unternehmern sollten die Kollegen gelernt haben, welchen Vorteil eine einheitlich geschlossene Organisation bietet, und die legitime Lohnbewegung habe gezeigt, wie verfehlt die Grenzstreitigkeiten sind. Auch diese können vermieden werden, wenn jeder seine Pflicht tut. Besonders müssen in der Organisation die kirchlichen Fragen ausgeschlossen werden; glauben kann jeder, was er will, aber in der Gewerkschaft muß sich jeder zur Aufgabe machen, die gewerkschaftlichen Prinzipien zu befolgen. Auch in dieser Beziehung sei in Mannheim noch zu arbeiten. Darum, Kollegen, beherzt diese Worte, zeigt auch bei allen Anlässen als organisierte Arbeiter. Vor allem befürchtet die Versammlungen etwas besseres. Wenn die Bewegung für uns einigermaßen günstig ausgefallen ist, muß man nicht läugnen, denn durch Flucht ist alles schäller wieder zum Teufel, als es erobert ist. Die Mannheimer Brauereien haben schon genügend versucht, das Errungenne zu umgehen, und manches wäre nicht so, wenn nicht eine Organisation dahinter wäre, die ihnen etwas auf die Finger holt. Darum, die Ihr noch fernstehender, tretet in den Centralverband deutscher Brauereiarbeiter.

Saarbrücken. Am 1. November sprach in einer gut besuchten Brauereiarbeiterversammlung Kollege Ebel-Kreis über: "Die gegenwärtige Lage der Brauindustrie und die mit daraus ergebenen Lehren für die Brauereiarbeiter", wobei er auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Saarrevier einer Kritik unterzog, die noch recht eindrücklich und trotz der Leitung und dabei den Kollegen in sehr verständlicher Weise vor Augen führte, daß nur eine starke Organisation in der Lage ist, hier Verbesserung zu schaffen. Das weiterste stellte jedoch auch den jüngsten Bund deutscher Brauereiarbeiter, welcher hier aus dem früheren Saarbrücker Cambrinusverein entstanden, dessen Tarif mögl. jeder einziger

möglich aufgelöste Kollege zur Genüge kennt. Daß dieser nicht in die Lage kommt, etwa für die Kollegen günstige Tarife zu erreichen, dafür ist der Umstand maßgebend, daß seine Mitgliedschaft aus Ober- und Unterbürgern und ein ganz verschwindend kleiner Teil aus Anglischern und Hilfsarbeitern besteht; die sagasagen in einzelnen Brauereien einfach gezwungen werden, dem "Bunde" beizutreten. Bemerkt sei noch, daß hier der "Bund" froh ist, wenn er einen Hilfsarbeiter ergattert kann, wo er doch laut Statut nur "Gesellen" mit entsprechender Lehrzeit aufnehmen darf. Würden die Hilfsarbeiter hier wissen, wie Bundesgesellen, wo sie in der Mehrheit sind, über sie denken und handeln, so würde der Weizen des "Bundes" hier bald verblüht sein. Neben berichtet noch, daß der "gelbe Bund" schon in vielen Städten Forderungen gestellt habe, aber stets zurückgewiesen wurde. Gegner waren trotz Einladung nicht anwesend und meldeten sich nur einige Kollegen zur Diskussion, die alle die Ausführungen des Referenten unterstützten. Mehrere Kollegen ließen sich aufnehmen. Zum Schlusse ernannte Kollege Ebel, täglich zu arbeiten, damit wir auch den letzten Mann in diesem schwarzen Wetterwinkel unserer Vereinigung zu führen, welche allein nur imstande ist, angemessene Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Saarrevier zu schaffen.

Tuttlingen. Unsere Versammlung am 13. November war erfreulicherweise von den Bierführern gut besucht. Dagegen ließ der Besuch der Brauer sehr zu wünschen übrig, besonders von der Deichshofbrauerei. Anscheinend haben diese Kollegen schon wieder vergessen, zu welcher Maßnahme im vorigen Jahr die Organisation greifen mußte, um die Einhaltung des Tarifvertrages zu erzwingen. Auch die Kollegen der Schlüsselbrauerei haben es nicht für notwendig gehalten, in der Versammlung zu erscheinen, trotzdem der Tarif vom Brauereibesitzer Höfmann umgangen werden sollte. Am Dienstag wird wohl kräftig räsonniert, aber in die Versammlung zu gehen, dort ihre Beschwerden und Wünsche vorzutragen und die Organisationsleitung zu beruhigen, damit Abhilfe geschaffen werden kann, dieses halten die Kollegen nicht für notwendig. Bezirkleiter Holzfurtner referierte in sehr verständlicher Weise über die gegenwärtige Lage in der Brauindustrie. Er wies auch auf die Folgen der Brauereierhöhung und der sich hieraus zum Teil ergebenden Bierkriege für die Brauereiarbeiter hin und hob mit Nachdruck die Notwendigkeit einer guten Organisation in dieser ersten Zeit hervor. Redner berührte ebenfalls die Saumeligkeit einiger Kollegen in dieser trüffeligen Zeit und meinte, daß die Kollegen alle Ursache haben, den Pflichten der Organisation gegenüber nachzukommen, sonst würde sich diese Interesslosigkeit bitter räumen. Am Schlusse gab Kollege Holzfurtner noch einige praktische Anweisungen zur Agitation und sprach seine Freude aus, daß nun auch ein Teil der Bierführer den Wert der Organisation schon erkannt haben und erwähnte zur rastlosen Agitationsarbeit. Nach dem Kassenbericht betrug die Einnahme 277,50 M., an die Hauptkasse wurden 144,55 M. gesandt. Die Mitgliederzahl hat sich um zwei vermehrt. Beschllossen wurde, Mitte Dezember an einem Sonntag eine Agitationversammlung abzuhalten, damit den Kollegen der Umgebung Gelegenheit geboten ist, dieselbe zu besuchen.

Augsburg. Wie es heute noch in den Landbrauereien Niederbayerns aussieht, dafür einige Beispiele. In der Holzbierbrauerei in Rottenburg a. d. Neckar regiert ein Braumeister Olinger, eine bekannte Persönlichkeit aus Kaufbeuren. Dieser will, daß die Leute statt in der Früh um 5 Uhr schon um 3 Uhr aufstehen sollen. Sonntags läuft er die Daarau fehren und lädt Arbeiten verrichten, die gesetzlich nicht gestattet sind. Herr Olinger kennt und mit ihm gearbeitet hat (die Kaufbeurer Kollegen haben ihn kennen gelernt), der sagt, das ist die reinste Geizel Gottes.

In der Postbrauerei in Pfaffenhausen ist das Schläfammer in einem solchen Zustand, daß es unbeschreiblich ist. Es wurde wohl bei der niederbayerischen Fabrikation schon zweimal Beschwerde geführt, und von diesen Herrn Abhilfe versprochen, aber geschehen ist noch nichts. Die Arbeiter müssen ihre Kleiderkoffer auf dem Boden aufbewahren, ein Schrank ist überhaupt nicht vorhanden. Von einer Bettwäsche ist keine Rede, die Strohsäcke sind ganz schwarz, und ein Kollege, der schon zwei Jahre dort beschäftigt ist, kann sich nicht erinnern, daß in dieser Hütte einmal eine gründliche Reinigung vorgenommen worden wäre.

Am meisten werden die geistlichen Bestimmungen bezügl. der Spontagsschule in den niederbayerischen Brauereien umgangen. Die Brauer müssen an Sonn- und Feiertagen um 4 Uhr und 5 Uhr aufstehen, bis 8 und 9 Uhr arbeiten und nachher trifft fast jeden Arbeiter jeden zweiten Sonntag der Dienstort bis nachts 11 und 12 Uhr, ohne Vergütung und ohne einen freien Sonntag. Beschwerden darüber mag schon mehr wie ein duzendmal bei der niederbayerischen Fabrikinspektion vorgebracht worden sein, aber Abhilfe ist bis heute noch nicht geschaffen worden. Die Verhältnisse in Schmackhausen, Weingarten, Unterneuburg, Rottenburg, Pfaffenhausen dürften einmal einer gründlichen Untersuchung unterzogen werden, aber leider mußte keine Beschwerde bei der Behörde. In diesen Orten zahlt man 4 M., 5 M., 6 und 7 M. Post. Wochenlohn mit Freitunk und die Post, aber weiche Post. Ausgeschottenes Rindfleisch und nicht selten zurückgetragene Broten, das ist die Post, oder wenn schon die Post nicht mehr gegeben wird, so erhalten die Kollegen einen Monatslohn von 60—65 M., trotzdem, daß das Mittagessen auf dem Lande mit 50 Pf. bezahlt werden muß.

Auf eine behördliche Hilfe können sich die Arbeiter nicht stützen, im Gegenteil. Wenn die Arbeiter ihren Arbeitslohn einmal in Rechnung bringt und ausbezahlt erhalten haben wollen, so bleibt ihnen kein anderer Ausweg, als sich zu organisieren, nutzt mit Hilfe der Organisation werden diese ungesetzlichen und polizeiwidrigen Zustände beseitigt werden können. Die Kollegen allerorts in Niederbayern sollten endlich erkennen, daß sie keine andere Hilfe haben als die Selbsthilfe; dann ist es möglich, daß die Fabrikinspektion pensioniert werden kann.

Rundschau:

Das Bier in den verschiedenen Ländern.

Ein kürzlich von Dr. E. Strube unter Mitwirkung zahlreicher Mitarbeiter herausgegebenes 818 Seiten starkes Werk über "Die Bierbrauerei und die Bierbesteuerung in den Hauptländern" (Berlin 1909, Verlagsbuchhandlung Paul Parey) gibt uns ein anschauliches Bild davon, wie sich die Bierproduktion und der Bierkonsum in jüngster Zeit entwickelt und über die ganze Erde verbreitet haben.

Deutschland ist bekanntlich eines der hauptächtesten Bierländer. Hier stieg die Produktion von 33 544 000 Hektoliter im Jahre 1872 auf 73 159 000 im Jahre 1906 und der Verbrauch der Bevölkerung von 81,4 auf 118,2 Liter im Jahre. Neben 570,5 Millionen Mark waren allein im Jahre 1905/06 in den Altstaatenbrauereien angelegt; die durchschnittliche Dividende betrug 7,75 Prozent. Da die Altstaatenbrauereien weit unter der Hälfte der Produktion erzeugen, und sicher weit mehr als eine Milliarde Mark Kapital in der Bierproduktion angelegt. Dieser Bierausfuhr Deutschlands betrug 1907 in Täffern 587 300 und in Kaschau 259 075 Hektoliter. Das Stoffenbier geht nach Südwürttemberg, Britisch-Indien, Britisch-Kalakta, Australien, Niederländisch-Indien und China.

In England hat der Bierkonsum durch die Industrialisierung in den letzten Jahren relativ stark abgenommen: von 136 Liter pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1890 auf 126,5 Liter im Jahre 1907; er ist aber immerhin noch größer als in Deutschland. England hat ebenfalls eine starke Ausfuhr nach Indien, Australien, Amerika, Neapel, Süd-Afrika usw.

Am größten ist verhältnismäßig der Bierkonsum in Belgien, so die Biererzeugung von 14 860 880 Hektoliter im Jahre 1901

auf 16 070 192 im Jahre 1907 stieg. Der Bierverbrauch wuchs aber gar von 140 Liter pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1861 auf 202 Liter im Jahre 1897 und 229 Liter im Jahre 1905!

In Dänemark nimmt die Bierproduktion ständig zu; sie beschäftigt bereits 4100 Arbeiter und Arbeitnehmerinnen, aber sie kann gegen die Schnapskonkurrenz noch nicht recht aufkommen. Desgleichen in Norwegen, wo die Bierproduktion von 550 000 Hektoliter im Jahre 1898 auf 420 000 Hektoliter im Jahre 1907 zurückging und dementsprechend auch der Konsum, was auf die zunehmende Abstinenzbewegung zurückgeführt wird. In Schweden stieg die Bierproduktion von 2 252 751 Hektoliter im Jahre 1897 auf 3 151 904 Hektoliter im Jahre 1907.

In Weinland Frankreich erhöhte sich die Bierproduktion von 13 873 130 Hektoliter im Jahre 1898 auf 14 207 000 Hektoliter im Jahre 1902, wozu noch eine steigende Einfuhr aus Deutschland, England und Österreich kommt. In Spanien betrug der Bierverbrauch im Jahre 1897 erst 157 040 Hektoliter, im Jahre 1907 aber 460 374 Hektoliter. Pro Kopf der Bevölkerung hatte Italien im Jahre 1907 aber nur einen Verbrauch von 0,78 Liter gegen 98,6 Liter Wein und 1,31 Liter Branntwein. In Portugal beträgt die gesamte Biererzeugung in 40 Brauereien nur 280 000 Hektoliter, aber die Produktion nimmt rasch zu. Aehnlich ist es in Portugal und in Griechenland, wo 90 000 Hektoliter produziert werden. In Irland kommt die Bierproduktion von 18 Millionen auf 54 Millionen Pedro, der Verbrauch pro Kopf von 0,22 auf 0,38 Pedro gestiegen. Ein Pedro ist 12,8 Liter. Russland führt Bier nach Finnland, Persien und China aus. In Rumänien ist der Bierverbrauch noch ein geringer; er betrug 3,1 Liter pro Kopf im Jahre 1904; die Produktion stieg von 50 918 Hektoliter im Jahre 1900 auf 129 608 Hektoliter im Jahre 1908. In Österreich-Ungarn betrug der Bierkonsum im Jahre 1905 43,2 Liter gegen 32 Liter im Jahre 1885 pro Kopf der Bevölkerung.

Im Jahre 1905 war der Bierkonsum pro Kopf der Bevölkerung in den europäischen Ländern:

Belgien	222	Liter	Österreich-Ungarn	41	Liter
England	146	"	Holland	25	"
Deutschland	119	"	Frankreich	34	"
Dänemark	98,2	"	Norwegen	18,7	"
Schweiz	65	"	Italien	4,8	"
Schweden	57	"	Griechenland	1	"

Bierproduktion und Konsum sind in jedem Lande nicht gleich groß, weil auch die Einfuhr und Ausfuhr eine Rolle spielt. In der Schweiz z. B., wo die Biererzeugung von 2 Millionen Hektoliter auf 2½ Millionen in den letzten 10 Jahren gestiegen ist, verhält sich die Einfuhr zur einheimischen Produktion wie 1 : 20.

Am bemerkenswertesten aber ist die zunehmende Verbreitung des Bieres in überseeischen Ländern. In Argentinien bestehen bereits 82 Brauereien mit einer Jahresproduktion von 500 000 Hektoliter. In Brasilien bestanden im Jahre 1903 schon 27 große Brauereien. In Brasilien-Süd-Brasilien beträgt der Bierkonsum etwa 10 Liter pro Kopf, die Einfuhr nimmt ständig ab, die Selbstproduktion zu. In Kanada stieg der Bierverbrauch von 9,9 Liter pro Kopf im Jahre 1870 auf 24,5 Liter im Jahre 1905. In Chile kommen bereits 11½ Liter auf den Kopf und auch in Japan gibt es bereits zahlreiche Bierbrauereien, die etwa 340 000 Hektoliter Bier im Jahre erzeugen. Ganz gewaltig ist die Bierproduktion in den Vereinigten Staaten, die gestiegen, von 9,1 Millionen Hektoliter im Jahre 1871 auf 68,9 Millionen Hektoliter im Jahre 1908. Von 1888 bis 1905 hat sich die Produktion verdreifacht, der Konsum pro Kopf etwa verdoppelt. Er war 1905 pro Kopf 76,4 Liter.

Der Kampf in Schweden ist beendet.

Die schwedische Landeszentrale sandte an die Generalversammlung der deutschen Gewerkschaften unter dem 16. November folgendes Telegramm:

Nachdem unser Kampf jetzt in ein neues Stadium getreten ist und im Hinblick auf die großzügige Hilfe, die uns von der deutschen Arbeiterschaft gewährt wurde, teilen wir mit, daß die Sammlung in Deutschland jetzt geschlossen werden kann. Rund 15 000 Arbeiter bleiben jedoch auch jetzt noch außer Arbeit.

Der deutschen Arbeiterschaft dringen wir für die uns gewährte Hilfe unseren warmsten Dank.

Für das Landessekretariat:

Lindquist.

Die Generalversammlung schließt mit Bezugnahme auf die Mitteilung der schwedischen Landeszentrale die Sammlung für die Schweden und erfüllt die Organisationen und Kartelle, die noch eingehenden Gelder gemäß den Bestimmungen der Kölner Resolution, betreffend Erteilunterstützung, an den Käffner der Generalversammlung, H. Kubé, Berlin S. 16, Engelser 14/15, einzusenden.

Der Käffner

winnen, damit die Einheitlichkeit der Organisation hergestellt wird und die Christlichen der Zahlung von Beiträgen für eine häufig überflüssige Sache entzogen werden.

Die Fortschritte des Achtstundentages in Österreich.

Der kürzlich erschienene Bericht des österreichischen Gewerbeinspektors für 1908 berichtet u. a. auch über die Fortschritte, die die Bewegung auf Einführung des Achtstundentages gemacht hat. Eine große Zeitungsdruckerei und Verlagsanstalt in Wien hat, obwohl in den Buchdruckereien Wiens tatsächlich der 8-Stündige Arbeitstag besteht, im letzten Jahre wieder die 10-stündige Arbeitswoche eingeführt. Ferner hat die Glasmalerei der Reichsglasmanufaktur in Teplitz (Nordböhmien) in ihren Fabriken den Achtstundentag, eine Gespäfahfabrik im Wiener-Neustädter Bezirk, ein Elektrizitätswerk in Vorarlberg und eine Emaillegussfabrik im Vorwärtsbezirk für den kontinuierlichen Betrieb die Achtstundenarbeitszeit festgesetzt. Schließlich haben auch einzelne Arbeitertypen, welche besondere schwere Arbeiten zu verrichten haben, wie die Lastträger auf den Umschlagplätzen, sowie jene, an die in bezug auf Qualifikation besonders hohe Anforderungen gestellt werden, wie die Lithographen und verwandten Berufe, die achtstündige Arbeitszeit bewilligt erhalten.

Folgen des Zentrums politik.

Die Arbeitslosigkeit in der Tabakindustrie wird immer größer. In Schwäbisch Gmünd werden drei Zigarrenfabriken mit zusammen 400 Arbeitern wegen Mangels an Aufträgen geschlossen. Aber das Zentrum röhrt sich noch keiner Leistungen für die Tabakarbeiter. In einem Flugblatt der "Zentralstelle des Volksvereins für das Katholische Deutschland" in M.-Glaßbach heißt es:

"Soweit wirklich Tabakarbeiter zeitweise in der Zeit des Überganges und des Einlebens der neuen Steuern arbeitslos werden sollten, hat das Zentrum für Entschädigung gesorgt. Vier Millionen Mark wurden auf seinen Antrag (Giesberts) sofort bewilligt. Bei Bedarf sollte für mehr georgt werden."

So werden die Tabakarbeiter noch verhöhnt, nachdem man sie ihrer Existenz beraubt.

Der Tarifvertrag keine „ Vereinigung“ im Sinne der §§ 152, 153 der Gewerbeordnung.

Die gänzlich anoplatzische Anzahl von C. Behling in Berlin hatte aus Angst vor Warnungen vor ihrer Tarifuntreue, die der Vorstand des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftsteller pflichtgemäß vornahm, gegen diesen eine einstweilige Verfügung beantragt, durch welche dem gesamten Vorstand untersagt wird:

a) an Buchdruckereien die Aufsichtserbung zu richten. Galvanos, Alisches, Platten und sonstige Stereotypienarbeiter nicht von der Antragstellerin zu beziehen, und zwar gleichviel, ob diese Aufsichtserbung durch Druck oder Schrift oder direkt oder indirekt, insbesondere auch durch Vermittlung der Betrauensmänner an die Druckereibesitzer gerichtet wird,

b) an Buchdruckereihilfen die Aufsichtserbung zu richten, daß Verdruden vor durch die Antragstellerin hergestellten Stereo typienarbeiter und Galvanos zu verzögern.

Die Antragstellerin steht in dem Verhältnis ihrer Gegner einen Besitz gegen § 153 der Gewerbeordnung, infolgedessen eine unglaubliche Handlung im Sinne des § 223 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, gleichzeitig aber auch einen Besitz gegen die guten Sitten, da ihr der völlige Ausdruck und andererseits der Arbeiterschaft Augen nicht getraut wurde, welche angeblich besser gestellt sei als nach den Tarifbedingungen.

Das Landgericht hat diesen Antrag am 27. April 1909 zur Wiedergabe an, daß Kommerzgericht, das ja auch die Abwehr des preußischen Schutzmans jeigefüllt hat, fum am 14. Juni zu einem anderen Beschluss. Es erklärte, der Tarifvertrag der Buchdrucker sei eine Vereinigung nach § 152 der Gewerbeordnung, die den Strafbestimmungen des § 153 unterschreite. Deshalb beschloß das Kammergericht, dem Antrage der Firma Behling Folge zu geben.

Der Berliner Vorstand des Buchdruckerhandels hat natürlich gegen den Beschluß des Kammergerichts vorstellige Befreiung erhoben, und so mußte sich die vierte Zivilkammer des Königlichen Landgerichts am 17. September 1909 erneut mit der Sage befaßtigen. Das Urteil liegt jetzt vor. Die einstweilige Verfügung des Kommerzgerichts wurde aufgehoben. In der Urteilsbegründung heißt es:

Die Frage, ob der Tarifvertrag unter §§ 152, 153 Gewerbeordnung fällt, ist in der Literatur streitig, wird dort aber überwiegend verneint. Das Reichsgericht hat sie in der Entscheidung vom 30. April 1908 (Entscheidung i. Straf. Bd. 26 S. 26) ohne Begründung bejaht. Gegen diese Entscheidung haben sich gewidrigste Stimmen erhoben (vgl. z. B. Landmann, Druckschrift für Jahrgang 1908 S. 273 ff.). Sie gehört ziemlich zu den Entscheidungen, welche nach der Erklärung des Staatssekretärs des Reichspräsidenten in der Reichstagsverhandlung vom 21. April 1907 (Berhandl. des R. L. XII. 2. S. 1. Zej. Bd. 26 S. 26), nach einer Nachprüfung unerzogen zu werden bestanden. In der Entscheidung vom 26. Juni 1908 (Entscheidung i. Straf. Bd. 41 S. 365 [572]) läßt das Reichsgericht die Frage ausdrücklich offen. Das erkennende Gericht hat die Frage verneint. Die Entscheidungsgesetzgebung des § 152, 153 Gewerbeordnung, welche in der Entscheidung des Reichsgerichts vom 21. Oktober 1905 (Entscheidung i. Straf. Bd. 26 S. 161) wieder gegeben ist, läßt erkennen, daß § 152 Gewerbeordnung die Koalition als Krieg im Rahmen des bestehenden Tarifvertrags ist im Gegensatz hierzu ein Friedenskrieg. Die Koalition im Sinne § 152 Gewerbeordnung setzt einen Krieg voraus, dem irgendwelche Abgrenzungen bedenken soll; der Tarifvertrag ist eine friedliche Auseinandersetzung. Es ist auch keine Vereinigung zum Schutz der Erziehung günstiger Sozial- usw. Bedingungen, denn er jetzt

diese Bedingungen bereits selbst fest (vgl. Landmann a. a. L. Sp. 274, Voltmar Arbeitsvertrag I 771, Gundstein, Tarifverträge, Entscheidung des Oberlandesgerichts Aachen vom 29. August 1905 (Gewerbegerichts Bd. 11 Sp. 1841)).

Auch die Erwagung, daß die Antragstellerin zur Beteiligung an der Kreiskonvention gedrängt werden sollte, rechtfertigt die Anwendung des § 153 Gewerbeordnung nicht. Da diesem Falle wäre die Antragstellerin nach der ausführlichen und überzeugenden Entscheidung des Reichsgerichts vom 26. Juni 1908 (Entscheidung i. Straf. Bd. 41 S. 365 ff.) als "anderer" im Sinne des § 153 Gewerbeordnung nicht anzusehen. Anderer ist danach niemals der Gegner, mit dessen Überwindung die Verabredung ihr Ziel erreicht, sondern nur derjenige, auf dessen wertvolle Hilfe gerechnet und zu hoffen ist. Folgt man der Darlegung der Antragstellerin, so hätte die Verabredung und Bildung einer Preiskonvention mit der Beteiligung ihrer Anstalt ihren Zweck erreicht."

Die Firma Behling hat gegen dieses Urteil Berufung eingelegt und wird man jetzt gespannt darauf sein dürfen, wie das Kommerzgericht den alten Standpunkt begründet, oder ob und wie es sich zu der richtigen Auffassung des Landgerichts durchringt.

Dr. J. Hipp-Freiburg als Stellenvermittler.

Vor drei Jahren schrieb Hipp in seinem damaligen Leiborgan, der "Bundeszeitung", als mit den Kollegen vor seiner Stellenvermittlung warnten, die Brauereibesitzer und Braumeister Oberschwaben werden schon noch sehen, wo sie mit den "Roten" hinfommen und empfehl dabei keinen Arbeitsnachweis. Letzters müssten wir schon die Presse in Anspruch nehmen, um die Stellenvermittlung Hipp zu kennzeichnen; auch die Behörden müssten schon eingreifen, Hipp wurde schon mit Geldstrafen belegt. Über sein Handwerk berichtet er nach wie vor, und die Beschwerden bei der zuständigen Behörde scheinen neuerdings wenig Erfolg zu haben; es werden zwar Erhebungen ange stellt, aber dann hört man nichts mehr wieder.

Zuletzt haben wir wieder einen krassen Fall zu verzeichnen, der ganz in das Hipp'sche Getriebe passt, aber doch die Nutzern an ihm und Behörde zu deuteln geben müssen. Hipp wurde von einem Kollegen schriftlich beauftragt, für ihn eine Stelle als Mälzer in einer Großbrauerei zu beschaffen. Wie immer hatte Hipp auch schon eine "gute Stelle" vorräufig und teilte dieses dem Kollegen in nachfolgendem Brief mit:

"Wenn Du eine Stelle als Mälzer willst, so komme sofort. Sage, Du mußt heim, es sei jemand drauf. Sage auch, daß Du nur um einen Bruchtheil deveschieren willst. Aber komme sofort, ich muß die Stellen besetzen."

Mit follegalem Gruss

Freiburg, 21. 10. 1909.

Dr. J. Hipp, Brauerverkehr.

Aus vorstehendem Brief ist klar, daß es Hipp nur darum zu tun ist, von den Kollegen die Vermittlung gebührt zu erhalten. Ist es nicht irrsinnbar, einen Arbeiter zu verleiten, seinem Arbeitgeber falsche Tarifbedingungen? Aber nicht nur für die Arbeiter ist es nachteilig, wenn sie ihre Arbeitsstelle mit wechseln, auch der Arbeitgeber leidet durch den häufigen Wechselseitigkeit. Gerade von diesem Standpunkt aus sollte es sich jeder Arbeitgeber überhaupt überlegen, sich eines solchen Stellenvermittlers zu bedienen.

Die private Stellenvermittlung, besonders auf eine solche Art, wie Hipp sie ausübt, ist ein großer Krebsjähader, der befeisteigt gehört. Staat und Gemeinde suchen diesen Schaden auszumachen, indem leichtere Arbeitsbeschaffung auf paritätischer Grundlage erzielt werden. Die Tagespresse weiß des öfteren auf die Tätigkeiten der nördlichen Arbeitssammler hin, die sich für die Industrie wie für das Gewerbe sehr gut bewährt haben. Was in anderen Bereichen üblich geworden, was tausende von Arbeitgebern sich zunutze gemacht, dürfte auch für die Arbeitgeber in der Brauindustrie von Vorteil sein. Würden sich einmal die Brauereien auftun, ihre gesamten Arbeitskräfte von einem nördlichen Arbeitssamt beziehen, vor gar mancher Unannehmlichkeit würden Arbeitgeber wie Arbeiter bemerkt. Deshalb ersuchen wir alle Herren Brauereibesitzer und Braumeister, bei Bedarf von Arbeitskräften nur die nördlichen paritätischen Arbeitssammler zu benennen. Das nördliche Arbeitsamt Freiburg im Breisgau ist jederzeit in der Lage, nützliche Brauer nachzuweisen.

Spielsachen zu Weihnachten.

Bis in vorjähriges Jahr zu Weihnachten, so auch in diesem haben sich Berliner organisierte Frauen bereit erklärt, Spielsachen der Sonnenberger Heimatindustrie zu verkaufen. An der organisierten Arbeiterschaft Berlins und der Umgegend liegt es nun, dieses Unternehmen so viel wie möglich zu unterstützen, ihr Solidaritätsgefühl mit den armen Sonnenberger Heimatbewohnern dadurch zu beweisen, daß sie, wie sie ihre Weihnachtsfeierstätte machen, die Spielsachenausstellung, die im Gewerbehause Saal 11 und 1. Treppe hoch im Bereich am Sonntag den 5. Dezember, nachmittags 3 Uhr, eröffnet wird, besuchen, um dort soviel als möglich ihren Bedarf zu decken. Es sei kurz darauf hingewiesen, daß ein reichhaltiges Puppenlager, angekleidete wie unbekleidete, auch Erziehungs- und alte Puppen vorhanden ist. Die Spielsachen sind sehr gut gearbeitet und nicht teurer als in jedem anderen Geschäft. Erwähnen wollen wir noch, daß der Erlös unverkürzt den Arbeitern zugebracht wird. Vereine und Gewerkschaften, soweit sie Weihnachtsfeierstätten und Verlosungen veranstalten, bitten wir, ihren Bedarf aus diesen Sortaten zu decken, wobei die Unterzeichnaten gern behilflich sind.

C. L. Agnes Habenwald,
Berlin O. 34, Tilsiter Straße 77 v. IV.

So befindet sich der Brauer
Frieder Niederl
geb. 11.7.55 zu Steinach, Niederbayern,
gleichzeitig Betriebsleiter in der Schwäbischen
Brauerei Groß-Stein. Seine direkten
Angestellten sind seine Tochter
Katharina und Sohn
Karl, geboren 1902.

Der Brauereibesitzer aus Darmstadt
in Nr. 46 betreut Kollegen Ludwig
Kiel, geb. 1902.

Unterem Bericht Kollegen und vor
leisten Siegfried R. Geiger aus
Königswinter, Rheinland-Pfalz.
Die Kollegen der Brauerei
Bergkamen, Markt i. S.

Unterem Kollegen Karl Lüge und
seiner Tochter aus Südtirol, Südtiroler
Brauerei und Gaststätte aus Südtirol
unter Leitung des Herrn Geiger der Bergkamer
Brauerei.

Unterem Kollegen August
Schäfer, geb. 1898.
Der Kollege und Sohn
aus dem Landkreis Lüneburg.

Unterem Kollegen Georg
Wolff, geb. 1898.

Unterem Kollegen Carl
Hartmann, geb. 1898.

Unterem Kollegen Carl
Koch, geb. 1898.